

Kurzer Beitrag

Professor Dr. Ingo Koller, Passau

Umweltfehler und zugesicherte Sacheigenschaften

I. Verfehlte Ausweitung des Eigenschaftsbegriffs durch den BGH

In einer jüngst ergangenen Entscheidung hat der BGH¹ die Möglichkeit erhöhter Abschreibungen nach § 7b EStG, die die persönliche Steuerschuld mindern, als zusicherungsfähige Sacheigenschaft i. S. des § 459 II BGB bezeichnet. Er deduzierte diese Qualifikation aus einer Definition des Eigenschaftsbegriffs, die in Rechtsprechung und Literatur breite Anerkennung gefunden hat². Ihr zufolge fallen unter den Begriff der Eigenschaften – neben der physischen Beschaffenheit – „alle tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse, welche die Beziehung der Sache zur Umwelt betreffen und wegen ihrer Art und Dauer die Brauchbarkeit oder den Wert der Sache beeinflussen.“

Die Ausweitung des Eigenschaftsbegriffs, die in der zitierten Formel zum Ausdruck kommt, ist verfehlt, weil die Grenzziehung willkürlich ist und die in den §§ 459 II, 463, 480 II i. V. mit § 477 BGB angeordneten Rechtsfolgen nicht passen. So erscheint es wenig einleuchtend, daß die Zusicherung eines bestimmten Zollsatzes durch einen Exporteur nur dann zum Kreis der Eigenschaften gehören soll, wenn der in Betracht kommende Zolltarif nicht ständig schwankt. Noch weniger vermag es angesichts der Tatsache, daß der Verkäufer mit seiner Zusicherung eine vertragliche Garantie abgegeben hat³, einzuleuchten, daß seine Haftung gem. § 477 BGB binnen kürzester Frist verjähren soll, falls eine erhöhte Abschreibungsmöglichkeit den Verkehrswert der Kaufsache beeinflusst, aber eine längere Verjährungsfrist gilt, falls die zugesicherte erhöhte Abschreibung nur kurzfristig einzelnen Personen zugute kommt und deshalb den Verkehrswert des Kaufobjekts nicht beeinflusst.

II. Bestimmung des Eigenschaftsbegriffs

Den Eigenschaftsbegriff i. S. der §§ 459 II, 463, 480 BGB kann man sachgerecht nur im Wege einer teleologischen Interpretation bestimmen, die darauf abhebt, daß das Gesetz an die Zusicherung von Eigenschaften im Gegensatz zu allgemeinen Zusicherungen (Garantien⁴) spezifisch gewährleistungsrechtliche Rechtsfolgen geknüpft hat. Es ist mithin die ratio legis dadurch zu ermitteln, daß man prüft, wann die für Zusicherungen von Eigenschaften geltenden Rechtsfolgen angemessen erscheinen.

Die in den §§ 459 II, 463, 480 sowie in § 477 BGB genannten Rechtsfolgen passen uneingeschränkt nur dort, wo körperliche Eigenschaften des Kaufobjekts zugesichert wurden. So wird die volle Garantiehafung der Zusicherung bei Spezieskäufen anders als bei Gattungskäufen (§ 480 II BGB) deshalb auf den Moment des Vertragsschlusses bezogen, weil man vom Verkäufer eines bestimmten Objekts typischerweise erwarten kann, daß er *im Moment* des Vertragsschlusses die physische Beschaffenheit der Sache bedeutend besser als der Käufer kennt⁵, spätere Beschaffenheitsänderungen aber nicht mit der gleichen Sicherheit unterbinden kann. Im Unterschied dazu muß der Verkäufer einer Gattungssache auch *nach* Abschluß des Kaufvertrages mit allen Mitteln dafür einstehen, daß nur solche Objekte geliefert werden, die die zugesicherten Eigenschaften besitzen. Eine derart ausgedehnte Einstandspflicht ist nur für die physische Beschaffenheit der Kaufobjekte sinnvoll, die der Verkäufer in aller Regel durch entsprechende Auswahl der zu liefernden Objekte mit den Zusicherungen in Einklang zu halten vermag. Die Umwelt, z. B. die Steuergesetzgebung, ist hingegen den Einflußmöglichkeiten des Verkäufers völlig entzogen. Deutlicher wird die ratio der §§ 459 II, 480 BGB noch, wenn man berücksichtigt, daß der Verkäufer für seine Zusicherungen lediglich bis zum Gefahrübergang, also bei beweglichen Sachen regelmäßig nur bis zur Absendung bzw. Übergabe (§§ 446 f. BGB) einzustehen hat. Auch diese Regelung ist auf die physische Beschaffenheit der Sache bezogen; denn sie soll den Verkäufer nur so lange mit dem Risiko eines Auseinanderfallens von zugesicherter Eigenschaft und Rea-

lität belasten, als er auf die Eigenschaften der Sache einzuwirken vermag⁶ oder die Sache nicht infolge des Transportes erhöhten Gefahren ausgesetzt ist⁷. Schließlich ist auch die Verjährungsvorschrift des § 477 BGB auf körperliche Eigenschaften zugeschnitten. Von der allgemeinen Fragwürdigkeit der Kürze der Verjährungsfrist abgesehen, kann die Regelung des § 477 BGB allein damit gerechtfertigt werden, daß der Käufer erst mit der Ablieferung bzw. Übergabe Gelegenheit erhält, das Kaufobjekt eingehend und in Ruhe auf seine Beschaffenheit hin zu untersuchen. Die Verjährung sollte deshalb nach dem Willen des historischen Gesetzgebers nicht mit dem Gefahrübergang, bei beweglichen Sachen nicht einmal mit der Übergabe, sondern mit der Ablieferung beginnen⁸.

Alle diese Rechtsfolgen verlieren ihren Sinn, wenn man sie auf sämtliche Umweltfaktoren bezieht, die die Brauchbarkeit oder den Wert der Sache beeinflussen. So erscheint es als willkürlich, den Exporteur in Fällen, in denen er dem Importeur einen bestimmten Zollsatz zugesichert hatte, der nach Vertragsschluß abgeändert wurde, haften zu lassen, wenn er eine Gattungsschuld eingegangen ist (§ 480 II BGB), ihn hingegen zu entlasten, falls er einen bestimmten Vorrat verkauft hatte (§ 463 BGB), obwohl seine Informationschancen und Steuerungsmöglichkeiten in beiden Konstellationen die gleichen waren. Auch ist etwa in dem eingangs diskutierten Fall nicht einzusehen, warum die Verjährung erst mit der Übergabe des Grundstücks zu laufen beginnen soll, obwohl der Käufer schon während der Vertragsverhandlungen uneingeschränkt in der Lage war, sich über die Rechtslage zu informieren⁹.

Als Eigenschaften i. S. der §§ 459 II, 463, 480 II BGB sollten daher ausschließlich die physische Beschaffenheit der Kaufsache berührende Faktoren, nicht aber Faktoren behandelt werden, die zur Umwelt gehören, in die das Kaufobjekt hineingebettet ist. Damit wird keineswegs der Rechtsschutz des Käufers verkürzt. Es ist selbstverständlich, daß der Verkäufer für seine Zusicherungen, die ja Garantieerklärungen darstellen, einzustehen hat. Nur darf bei der Zusicherung von Umweltfaktoren die Reichweite der Zusicherung mangels besonderer vertraglicher Abreden nicht pauschal den §§ 459 II, 463, 480 II, 477 BGB entnommen werden, sondern muß von Fall zu Fall im Wege der ergänzenden Vertragsauslegung bestimmt werden. Dabei wird man im Zweifel zum Ergebnis kommen, daß auch bei Gattungsschulden die Existenz von Umweltfaktoren nur für die Zeit des Vertragsschlusses zugesichert wird, es sei denn, daß der Verkäufer aus seiner Position heraus insoweit über typische Informations- und Steuerungsvorsprünge verfügt¹⁰. Auch die Verjährungsfristen dürfen nicht pauschal an § 477 BGB orientiert werden. Da beim Fehlen von zugesicherten Umweltfaktoren die für physische Beschaffenheitsmängel typische Erschwerung der Ermittlung und Feststellung der Qualitätsmängel durch den Gebrauch der Sache¹¹ nicht zu besorgen ist, erscheint eine Analogie zu § 477 BGB fehl am Platz. Derartige Ansprüche sind normalerweise¹²

1) BGH, NJW 1981, 864; a. A. OLG Karlsruhe, Justiz 1979, 398, in einem parallel gelagerten Fall, das in seiner Argumentation übersieht, daß die bloße Existenz des Kaufobjekts ein Faktor sein kann, der die Verbindung zur Umwelt herstellt.

2) Außer den in der Entscheidung BGH, NJW 1981, 864, genannten Fundstellen vgl. H. P. Westermann, in: MünchKomm, BGB, 1980, § 459 Rdnrn. 17 f.; Staudinger-Honsell, BGB, 1979, § 459 Rdnrn. 50 ff., jeweils m. w. Nachw.

3) Staudinger-Honsell (o. Fußn. 2), § 459 Rdnr. 60; H. P. Westermann (o. Fußn. 2), § 459 Rdnrn. 52 ff. m. Nachw.

4) Dazu Staudinger-Honsell (o. Fußn. 2), § 459 Rdnr. 88.

5) Koller, Die Risikozurechnung bei Vertragsstörungen in Austauschverträgen, 1979, S. 142 ff.

6) Dazu Koller, aaO, S. 152 ff.

7) Dazu Koller, aaO, S. 172 ff., 184.

8) H. P. Westermann (o. Fußn. 2), § 477 Rdnr. 10.

9) Vgl. auch Köhler, Unmöglichkeit und Geschäftsgrundlage bei Zweckstörungen im Schuldverhältnis, 1971, S. 181 ff.; Koller (o. Fußn. 5), S. 339.

10) Vgl. Koller (o. Fußn. 5), S. 339 ff.

11) H. P. Westermann (o. Fußn. 2), § 477 Rdnr. 1.

12) Unbeschadet der Möglichkeit, aufgrund besonderer Umstände zu abweichenden Ergebnissen zu gelangen. Vgl. BGH, NJW 1979, 645; 1979, 2036 (2037).

der Verjährung des § 195 BGB unterworfen. Daß die 30jährige Frist den Erfordernissen des Rechtsfriedens nicht voll genügt, muß de lege lata ebenso wie die 30jährige Verjährungsfrist beim Anspruch auf Lieferung eines Kaufobjektes¹³ hingenommen werden¹⁴. Jedenfalls darf der Umstand, daß die Verjährungsfrist des § 195 BGB für gänzlich unangemessen gehalten wird, nicht zu einer gegen die ratio legis verstößenden Erweiterung des Sacheigenschafts-Begriffs verleiten. Angesichts der steigenden Bedeutung der Umweltfehler und der Zusicherung von Umweltfaktoren bietet sich als Ausweg eine offene Rechtsfortbildung an, die den Anspruch in der Frist verjähren läßt, innerhalb derer der Verkäufer im Moment des Vertragsschlusses mit späteren Ansprüchen rechnen mußte.

13) RGZ 116, 281 (286); v. Feldmann, in: MünchKomm, BGB, 1978, § 195 Rdnr. 12.

14) Daß der Verkäufer verschuldensunabhängig haftet, rechtfertigt entgegen Pröls (ZIP 1981, 345) keine kurze Verjährung; denn der Anspruch aus § 437 BGB verjährt ebenfalls gem. § 195 BGB binnen 30 Jahren.

Mitteilung

Herbert Schneider†

Am 14. 5. 1981 verstarb Rechtsanwalt beim BGH Professor Dr. Herbert Schneider nach kurzer Krankheit im 79. Lebensjahr. Wir Kollegen haben Herbert Schneider stets als Vorbild empfunden und seine tiefe Verbundenheit mit dem Recht hoch geachtet. 15 Jahre war er Vizepräsident unserer Kammer. Seine selbstverständliche Hilfsbereitschaft machte ihn zu unserem Freund.

Geboren am 26. 9. 1902 in Karlsruhe/Baden hatte Herbert Schneider in Heidelberg, Berlin und Freiburg i. Br. studiert und 1924 das Referendarexamen als erster unter 36 Kandidaten mit der Note „sehr gut“ bestanden. Neben den Referendarstationen in Mannheim, Karlsruhe und Donaueschingen war der Verstorbene seit 1925 in Freiburg als Fakultätsassistent bei Professor Dr. Frhr. v. Schwerin tätig. Von 1928–1945 als Rechtsanwalt beim Oberlandesgericht in Karlsruhe zugelassen, zählte Herbert Schneider 1950 zu den ersten Rechtsanwälten, die ihre Zulassung beim BGH – damals noch über die Arbeitsgemeinschaft der Anwaltskammervorstände im Bundesgebiet in Hamburg – erhielten. Herbert Schneider hat als Referendar, Assessor und Rechtsanwalt die wechselvolle Rechtsgeschichte eines halben Jahrhunderts miterlebt. Er verkörperte den unabhängigen, eigenständigen, nur seinem Beruf und seiner hohen Verantwortung verpflichteten Anwalt. Neben dem nachdrücklichen Einsatz für die Mandanten galt sein hohes Interesse stets der wissenschaftlichen Arbeit. Die besonderen Interessengebiete dabei waren Fragen des ausländischen, insbesondere des skandinavischen Zivilprozeßrechts, der Schiedsgerichtsbarkeit in Zivil- und Handelssachen in Europa und des Gesellschaftsrechts. Durch zahlreiche Aufsätze und Festschriftbeiträge bereicherte er die wissenschaftliche Diskussion nachhaltig. Sei vielen Jahren gestaltete er die „Zeitschrift für Zivilprozeß“ (ZZP) mit. Hervorgehoben sei seine Abhandlung über „Einfluß und Aufgaben der Anwaltschaft beim Bundesgerichtshof“, in Festschrift „25 Jahre Bundesgerichtshof“ (1975), S. 325 ff. Ein besonderes Anliegen von Herbert Schneider war die Ausbildung der jungen Juristengeneration. Ab 1937 gehörte er der Prüfungskommission für das Referendarexamen in Karlsruhe und seit 1939 dem Reichsjustizprüfungsamt in Berlin an. An der Universität Tübingen wirkte er im Rahmen seines Lehrauftrages viele Jahre hindurch.

Die Universität Erlangen hat Herbert Schneider 1962 zum Doktor juris honoris causa ernannt. Durch Erlaß des Kultusministers von Baden-Württemberg vom 4. 3. 1969 wurde er zum Honorarprofessor an der Universität Tübingen berufen. Professor Dr. h.c. Herbert Schneider hat still und selbstlos gewirkt und war von tiefer menschlicher Güte geprägt. Eine starke und liebenswerte Persönlichkeit; ein aufrechter Mann! Das Schicksal unseres Vaterlandes und unserer Heimat war ihm eine ständige und große Sorge. Er bleibt uns unvergessen.

Rechtsanwalt beim BGH Professor Dr. Rudolf Nirk, Karlsruhe

Buchbesprechungen

Einführung in die Rechtswissenschaft. Ein Studienbuch von Jürgen Baumann. 6., überarb. Auflage (Juristische Kurz-Lehrbücher). – München, Beck 1980. XXIII, 543 S., kart. DM 32,–.

Auch die neue, überarbeitete Auflage der „Einführung in die Rechtswissenschaft“ hält an der bisherigen Konzeption des Buches fest: Der Student des 1. Semesters soll sich im Anschluß an einen hoch angesetzten, sehr knappen Überblick über Rechtsphilosophie und Rechtssoziologie die Gebiete des Bürgerlichen und sonstigen Privatrechts, Staats- und Verwaltungsrechts, Strafrechts, Prozeßrechts, Völkerrechts, Europa- und Kirchenrechts im einzelnen und im Zusammenhang erarbeiten können. Alles unter dem Aspekt der Vermittlung des Wissens, das der Studienanfänger am dringendsten braucht.

Die 6. Auflage versucht, die neuesten, wichtigsten Entwicklungen der Rechtspolitik einzuarbeiten, da „eine Einführung in die Rechtssystematik und Rechtsmethode die Bewegungen der Rechtspolitik verfolgen“ muß (Baumann). Deshalb werden Veränderungen des Privatrechts mit ihren Ausstrahlungen und des EG-Rechts/Europarechts dargestellt; die Rechtsinformatik hat über bisher kurze Hinweise hinaus Gestalt gewonnen. So verdienstvoll ihre ausführlichere Beschreibung ist – an ihr zeigt sich ein für Baumanns Einführung typisches Problem: Zwar versteht es der Autor, auf knappstem Raum (2 S.) wesentliche Aspekte der Rechtsinformatik zu erörtern; ihre konkrete Bedeutung, die Notwendigkeit, sich mit ihr auseinanderzusetzen, erschließt sich dem Studienanfänger nicht. Datenschutz etwa bleibt eine bloße Bezeichnung, wenn er nur als Problem des Schutzes des „Bürgers vor Mißbrauch seiner personenbezogenen Daten“ benannt wird. Besser gelungen, da anschaulicher, ist der neu eingearbeitete Überblick über das Europarecht. So sehr der Student des 1. Semesters die umfassende Einführung in einzelne Rechtsgebiete braucht – dringlicher ist eine motivierende, zum Lesen und Studieren anregende Darstellung; sie sollte, statt auf Vollständigkeit bedacht, exemplarisch Informationen vermitteln und dadurch anleiten, Wichtiges von weniger Wichtigem zu unterscheiden (vgl. etwa zu Entstehung und Schicksal des BGB, Baumann, S. 39 ff., auf neuestem Stand, mit Wieacker, Privatrechtsgeschichte der Neuzeit, 2. Aufl. [1967], S. 468 ff.).

Baumann hält es für entscheidend, daß sich der Studierende Zusammenhänge erarbeitet und sie anhand dieses Buches selbst herstellen kann. Es wäre deshalb wünschenswert, wenn neben der Einführung in Grundbegriffe, Rechtssystematik und Rechtstechnik die neuesten „Bewegungen der Rechtspolitik“ den Autor dazu anregen würden, die Zuordnung der Rechts- zu den Sozialwissenschaften (S. 18) inhaltlich zu erschließen. Dadurch ließe sich, exemplarisch vertieft, das Verständnis des Studienanfängers für die Rechtsgebiete und ihre Zusammenhänge besser wecken. Diese Kritik soll freilich weder die umfassende Darstellung der Rechtsgebiete noch die Aufarbeitung der neuesten Entwicklungen des Rechts in Baumanns Einführung schmälern. Für Studenten höherer Semesterzahl ist es nach wie vor ein wichtiges Buch.

Akademischer Rat Dr. Jürgen Simon, Hannover

Justiz und Medien. Hrsg. von Rudolf Wassermann mit Beiträgen von Kurt-Peter Christophersen, Erwin Gehrhardt, Werner v. Hadel, Rudolf Hartmann, Heinrich Keller, Bernd Lippe, Heinz Steinert und Rudolf Wassermann. – Neuwied, Luchterhand 1980. 264 S., kart. DM 34,–.

Ausgehend von der Erkenntnis, daß die Konfliktzonen zwischen Justiz und Medien nicht vollständig zu beseitigen sind, versucht das vorliegende Buch, die wichtigsten Berührungspunkte dieser beiden Bereiche zu beschreiben und Wege zur Verminderung von Spannungen zu finden. Daß dies sehr schwer sein wird, haben die jüngsten Vorfälle in Berlin, Brokdorf und Nürnberg gezeigt.

Der Herausgeber entwickelt in seinem Beitrag „Justiz und Öffentlichkeit“ das Verhältnis zwischen Staat und Öffentlichkeit, zwischen Justiz und Presse, bis hin zur Verfassungsentscheidung für den Primat der Information. Als wichtigste Folgerung hieraus verlangt er eine kritikoffene Einstellung und Informationsbereitschaft im turbulenten Alltag der Justiz. Erfreulich, daß sich der Leser durch den Abdruck